

Kantonsrat des Kantons Zug
c/o Staatskanzlei
Regierungsgebäude am Postplatz
6301 Zug

Zug, den 23. September 2013

Kleine Anfrage btr. Stellungnahme des Regierungsrates zum europapolitischen Plan des Bundesrates

Sehr geehrter Herr Landammann

Sehr geehrte Dame und Herren Regierungsräte

Gemäss Bericht der Neuen Zürcher Zeitung vom 21. September 2013, Seite 13, verabschiedet die Plenarversammlung der Konferenz der Kantonsregierungen (KdK) am 13. Dezember 2013 in Luzern ihre definitive Stellungnahme zum Plan des Bundesrates, künftig dem Europäischen Gerichtshof (EuGH) bei der Interpretation der bilateralen Verträge das letzte Wort zu geben. Dem nämlichen Zeitungsbericht ist zu entnehmen, dass der leitende Ausschuss der KdK überdies den Anschluss an die EWR-Institutionen zur Debatte stellt. Beide Varianten führen zu einem Souveränitätsverlust des Landes, bringen sie doch fremde Richter mit sich (EuGH bei der Variante Bundesrat, Efta Gerichtshof bei der Variante EWR-Anschluss). Mitglied des leitenden Ausschusses der KdK ist auch Volkswirtschaftsdirektor Matthias Michel. Dies vorausgeschickt, unterbreiten die Unterzeichneten dem Regierungsrat die folgende Kleine Anfrage:

Ist der Regierungsrat bereit, zuhanden der Plenarversammlung der KdK vom 13. Dezember 2013 sowohl die Pläne des Bundesrates (EuGH als verbindlicher „Gutachter“) als auch den Anschluss an den EWR mit dem Verweis auf die Souveränität der Schweiz und der Kantone (Art. 3 BV) abzulehnen? Falls der Regierungsrat seine Stellungnahme schon abgegeben hat: Ist er gegebenenfalls bereit, sie im Sinne der vorstehenden Überlegungen zu revidieren?

Besten Dank für Ihre Antwort.

Manuel Brandenburg
Kantonsrat Zug

Jürg Messmer
Kantonsrat Zug